

Bioethics“ wurde ein Forum des interdisziplinären Gesprächs geschaffen, das seine erste Bewährungsprobe bestanden hat. Sein unerreichbarer Vorteil ist die *Internationalität*. Technische Probleme wurden mit beispielhafter Effizienz gemeistert. In gleicher Weise wurde dem Informationsdefizit des Theologen wie dem Reflexionsdefizit des Naturwissenschaftlers Rechnung getragen. Beide Parteien sahen sich in den Stand versetzt, die rechten Fragen zu stellen, Pseudoprobleme zu vermeiden und so zur Sache zu kommen. Kein Zweifel also, daß man ein Nahziel erreicht hat. Die herrschende Politik war bislang, von gezielter Veröffentlichung der Kongreßakten abzusehen. Der Teilnehmer sollte angeregt werden. Was er aus den empfangenen

Anregungen machte, das lag in seiner freien Initiative. Wenn der Anschein nicht trügt, geht eine erste Phase dieser Aktivitäten somit zu Ende. *Vertiefende Aufarbeitung* mußte das Ziel der nächsten Phase sein. Gezielte Forschungsprojekte sind in Angriff zu nehmen, die sich dann in qualifizierten Veröffentlichungen niederschlagen. Und mehr Frauen – ihre Zahl unter den Experten hat sich erfreulich vermehrt – sind hinzuzuziehen. Nirgends in der Theologie ist ihre Kompetenz so sehr gefragt wie gerade hier. Blickt man auf das Niveau der Tagungen, so braucht man den Vergleich mit dem deutschen Sprachraum nicht zu scheuen. Kinderkrankheiten des bioethischen Gesprächs gibt es hier wie dort.

Klaus Demmer

Paraguay am Scheideweg

Die katholische Kirche und der Nationale Dialog

Mit einer ‚Botschaft an das paraguayische Volk‘ hat die paraguayische Bischofskonferenz im April dieses Jahres offiziell die Initiative ‚Nationaler Dialog‘ gestartet. Die katholische Kirche bietet ihre Dienste an. Sie will in den zunehmenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vermitteln. Die politischen Fronten sind verhärtet. Wenn es nicht gelingt, die verschiedenen Gruppen an einen Tisch zu bringen, droht dem kleinen südamerikanischen Land eine Welle der Gewalt.

Über 30 Jahre hatte es der deutschstämmige Präsident General *Alfredo Stroessner* verstanden, das Land unangefochten nach seinem Willen zu regieren. Nach dem Putsch im Jahre 1954 hatte er mit Hilfe der Colorado-Partei und der Militärs ein Herrschaftssystem geschaffen, das einzig auf seine Person ausgerichtet war. Als ausgezeichneter Taktiker der Macht verstand es Stroessner unnachahmlich, die divergierenden Interessengruppen gegeneinander auszuspielen und so die innere Balance des Staates zu sichern. Ihre Ansprüche speiste er über die Zuweisung von gesellschaftlichen Privilegien ab. Alle lukrativen Posten innerhalb des Systems sind als Pfründe vergeben, eine gierige Clique schöpft bei allen Staatsgeschäften für sich privat etwas ab. Dem einfachen Volk wurde der Mythos Stroessner aufgebaut. Er erscheint als der starke Heroe, der das Volk aus den Klauen des Bürgerkrieges befreit hat und fortan ‚Friede und Fortschritt‘ beschert. Das Volk erbebt in ehrfurchtsvoller Angst, wenn nur der Name Stroessner genannt wird. Der Präsident hat oft genug erklärt: der Innere Frieden hat seinen Preis. Man muß hinzufügen: Das Volk zahlt ihn. Jetzt aber scheint das bisher so geschickt gehaltene Gleichgewicht der Kräfte durcheinanderzugeraten. Der Mythos Stroessner ist entzaubert. Das Volk hat seine Angst verloren, geht auf die Straße und fordert seinen Anteil.

Auslösendes Moment für den Umschwung war vor allem der *wirtschaftliche Niedergang* der letzten beiden Jahre. Als mit der Fertigstellung des brasilianisch-paraguayischen Mammutprojektes, des Wasserkraftwerks Itaipu, die Dollarmillionen aus dem Baugeschäft mit dem Ausland ausblieben und mit einem Schlag 30 000 Arbeitskräfte freigesetzt wurden, offenbarte sich, daß die ganze Entwicklung des Landes in eine Scheinblüte getrieben worden war. Der Aufschwung brach abrupt ab mit dem Jahre 1984. Ein geplantes Anschlußprojekt, der Bau des Wasserkraftwerkes Yacireta, mit dem der Einbruch hätte abgefangen werden sollen, hatte sich wegen interner Probleme des Partners Argentinien unerwartet lange hinausgezögert. Plötzlich wurden so zusätzliche soziale Probleme akut.

Wirtschaftlicher Niedergang

Ein unerhörter Vorfall heizte die allgemeine Unzufriedenheit zusätzlich an. Im November 1985 wurde in der paraguayischen Zentralbank BCP ein gigantischer Schwindel aufgedeckt. Hunderte von Millionen Dollardevisen, die für die Einfuhr bestimmt waren, waren durch Scheingeschäfte abgezweigt worden. Der doppelte Wechselkurs sieht zur Erleichterung des Importes bei bestimmten Produkten die Zuteilung von billigen Dollars vor. Auf dem freien Devisenmarkt konnten die erschwindelten Dollars mit riesigem Profit wiederverkauft werden. Für dringend benötigte Lebensmitteleinfuhren fehlten nun die entsprechenden Devisen.

Bei der Aufklärungsarbeit zeigte sich, daß die höchsten Autoritäten des Staates in die Affäre verwickelt waren. Die Nachforschungen verliefen im Sande, nicht einmal die genaue Höhe des Betrugs konnte festgestellt werden. Lediglich einige Subalterne wurden verhaftet. In der Bevölkerung aber zeitigte dieser Vorfall Signalwirkung.

Alle Beschwörungen und Beteuerungen der Regierung angesichts der einschneidenden Versorgungsmängel wurden mit verbitterter Ironie beantwortet. Für die anhaltende Trockenheit – von November bis Januar hatte es keinen Tropfen geregnet – konnte nun die Regierung zwar ganz gewiß nicht verantwortlich gemacht werden, doch fiel auch dieser Umstand voll auf sie zurück.

Damit breitete sich allgemeine soziale Unzufriedenheit immer weiter aus. Draußen auf dem Lande wurde die Situation so kritisch, daß mancherorts die Bevölkerung sogar Hunger leiden mußte, für Paraguay eine bis dahin nicht gekannte Not. Selbst der ärmste Campesino hatte sich bisher wenigstens immer satt essen können. Der überaus fruchtbare Boden bescherte das ganze Jahr über eine reiche Ernte. Nun war die Ernte vertrocknet und Saatgut für eine neue Aussaat nicht vorhanden. Erst auf beharrlichen Druck der Öffentlichkeit leitete die Regierung schließlich Hilfsgüter in die am schlimmsten betroffenen Zonen im Departamento Misiones (Februar 1986).

Richtungskämpfe innerhalb der Regierungspartei

Seit Monaten fehlt im Land Zucker. Der einheimische Rohrzucker aber wird nach den USA verfrachtet, um Lieferverpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten zu erfüllen. Das Argument, daß der Staat Devisen braucht, klingt nach dem Skandal der Banco Central in den Ohren des Volkes wie blanker Hohn. Auf Verständnis für die Verkettung unglücklicher Umstände darf die Regierung nicht mehr hoffen. Als Gipfel der Unverfrorenheit wurde es empfunden, als Wirtschaftsminister *Ugarte Centurion* im März die Bevölkerung öffentlich über die Zeitungen und das Fernsehen dazu aufrief, sich auf die traditionellen Werte des paraguayischen Volkes neu zu besinnen: Opferbereitschaft und Geduld.

Selbst an der Basis der eigenen Partei kam es zu wütenden Reaktionen. Hinzu kam, daß der Wirtschaftsminister gar kein gebürtiger Paraguayer war. Er stammt aus Brasilien und steht in dem zweifelhaften Ruf, besonders ausgiebig in seine eigenen Taschen gewirtschaftet zu haben. Da hatte sich gerade der Richtige zu Wort gemeldet. Die Durchhalteparolen der Regierung ziehen nicht mehr.

Noch vermag Präsident Stroessner mit unantastbarer Autorität die Colorado-Partei, die Asociación Nacional Republicana (ANR), zusammenzuhalten. Noch steht seine Person über aller Kritik. Doch im Innern der Regierungspartei beginnt es zu brodeln. Der seit den Gründerjahren bestehende Gegensatz zwischen „*Democratas*“ und „*Guiones*“ war auch nach Stroessners Gleichschaltung der Partei nie gänzlich überwunden worden. Die alten Parteiführer wie der jetzige Parteichef *Ramon Chavez* sind zwar durch die entsprechende Einbindung in das System ruhiggestellt worden, doch hätten sie niemals den Personenkult um die Person Stroessners mitmachen

wollen. Sie suchten stets die Parteitradition hochzuhalten und wußten die totale Vereinnahmung der Partei durch Stroessner zu verhindern. Jetzt in der Krise brachen die alten Fronten wieder auf.

Bereits 1985 brach der interne Machtkampf offen aus. Die „*Traditionalisten*“, die der Partei wieder größere Einflußmöglichkeiten sichern wollen, stellten sich den Militanten entgegen, die sich bedingungslos auf die Person Stroessners stützen. Die führenden Köpfe dieser sogenannten „*Stronistas*“ sind Stroessners Privatsekretär *Mario Abdon Benitez* und Gesundheitsminister *Adan Godoy Jimenez*. Auch Wirtschaftsminister Centurion Ugarte zählt zu dieser Gruppe. Die *Traditionalisten*, die sich lediglich in ihrem Widerstand gegen die Militanten einig sind, zerfallen in die Gruppen um Parteichef Chavez, Innenminister *Sabino Montanaro*, den stellvertretenden Parteichef *Ruben Stanley*, und andere mehr. Einen eigenen Vorstoß wagten die beiden Vorstandsmitglieder Seifert und Romero Azar, als sie sogar offen die Person Stroessners kritisierten. Der Präsident schaltete sich gleich persönlich ein. In seinen Stellungnahmen vom April 1986 stempelte er die Kritiker als Deserteure ab und isolierte sie so von der Partei. Doch die beiden scheinen so allein nicht zu stehen. Als Romero Azar am 20. April zu einer Reise in die USA aufbrach, fanden sich zu seiner Verabschiedung einige hundert Anhänger am Flughafen ein.

Als Persönlichkeit über den unmittelbaren Parteiqueren konnte sich in letzter Zeit der Präsident des obersten Gerichtshofes *Luis Maria Argaña* profilieren. Viele anständige Parteimitglieder setzen in ihn große Hoffnung. Es hatte auch bei der Opposition außerordentlichen Eindruck hinterlassen, wie er in den jüngsten Auseinandersetzungen die Unabhängigkeit der Justiz gegen den Druck von Polizeichef Baritez zu verteidigen suchte. Die Justiz hat dabei einen schweren Stand. Der seit Menschengedenken in Asuncion herrschende Ausnahmezustand und das berüchtigte Gesetz Nr. 209 zur Erhaltung des öffentlichen Friedens geben einer willkürlichen Intervention der Polizei stets eine rechtliche Grundlage. Das Gesetz bestimmt, daß, wer zur Gewalt unter Paraguayern aufruft, bestraft wird. Der freien Interpretation dieses Gesetzes sind keine Grenzen gesetzt.

Zerstrittene Opposition

Die Opposition gab lange Zeit ein jämmerliches Bild der Zerstrittenheit ab. Wie in seiner eigenen Partei die verschiedenen Gruppen, so wußte Stroessner die einzelnen Parteien der Opposition gegeneinander auszuspielen. Nach dem Motto: Teile und Herrsche, hatte er ein abgestuftes System der Parteienzulassung erreicht. Als Oppositionsparteien offiziell anerkannt und im Parlament vertreten, gibt es die Liberale und die Radikal-Liberale Partei. Beide sind voll in Stroessners Herrschaftssystem integriert und bekommen als loyale Partner ihren Anteil ab. Als quasi außerparlamentarische Opposition haben

sich die übrigen Parteien im *Acuerdo Nacional* zusammengeschlossen. Doch lediglich die sozialdemokratisch orientierte *Febreristen-Partei* ist bisher offiziell anerkannt. Sie hat sich aus Protest in den letzten Jahren nicht mehr an den Wahlen beteiligt. Den restlichen Parteien blieb bisher die Anerkennung versagt. Die Authentisch-Radikal-Liberale-Partei hatte sich aus den Liberalen Parteien abgespalten, weil sie die opportunistische Unterordnung nicht länger mitmachen wollte.

Die MOPOCO hatte sich in den ersten Jahren nach dem Putsch aus der Colorado-Partei abgespalten, als Stroessner die Partei gleichzuschalten begann. Sie operiert seitdem hauptsächlich von Argentinien her. Die Christlich-Demokratische Partei schließlich hatte sich nach dem Vorbild der Christdemokraten in Chile als Intellektuellenbewegung in den frühen 60er Jahren entwickelt. Obwohl sie allesamt wahrhaftig nicht gut organisiert sind, erscheint die amtliche Begründung für ihre Nichtzulassung mehr als fadenscheinig. Es heißt, sie hätten bisher nicht die erforderlichen 10000 Unterschriften zur Eintragung ins Parteienregister vorweisen können. In Wirklichkeit versuchten die Behörden mit allen möglichen Schikanen die Eintragung zu verhindern.

Das *Acuerdo Nacional* erwies sich Jahre lang lediglich als Plattform inneroppositorischer Streitigkeiten. Es gelang nicht, sich auf eine einheitliche Linie für eine effektive Politik gegen die Regierung zu einigen. Als mit der Krise plötzlich eine breitere Diskussion in der Öffentlichkeit einsetzte, konnte deshalb auch das *Acuerdo* keine Alternativkonzepte anbieten. Die vorhandenen Strukturen eröffneten keine Perspektive: auf der einen Seite die Regierungspartei und die gleichgeschalteten gesellschaftlichen Organisationen, auf der anderen Seite eine mit sich selbst beschäftigte Opposition. Deshalb bildete sich allmählich eine unabhängige Parallelstruktur zum bisherigen System. Die demokratische Öffnung, die sich zur gleichen Zeit in den Nachbarstaaten Argentinien, Brasilien und Bolivien vollzog, zeigte neue Ansätze auf. Die Organisierung der einzelnen gesellschaftlichen Bereiche konnte das alte Herrschaftssystem reformieren. Es etablierte sich neben dem offiziellen Gewerkschaftsdachverband CPT die freie Gewerkschaftsbewegung MIT, neben den offiziellen Studentenvereinigungen formierten sich zahlreiche Gruppen in einer unabhängigen Studentenbewegung. Es entstand Bewegung in allen Sektoren der Gesellschaft. Die neue Bewegung erfaßte auch die Medien. Zeitungen, der Rundfunk und auch das Fernsehen veröffentlichten, was gerade passierte. Die Berichterstattung spiegelte wider, wie sich die Gesellschaft zusehends polarisierte.

Vermittlungsbemühungen der Kirche

Die katholische Kirche hatte bereits frühzeitig diese Entwicklung heraufziehen sehen. Nach einer Phase der direkten Konfrontation mit der Regierung in den Jahren 1968 bis 1975, mit der sie letztendlich scheiterte, änderte

sie das Konzept und setzte auf die Mobilisierung des Kirchenvolkes. Im Innenbereich begann eine großangelegte planmäßige Umstrukturierung und Neuorientierung der Pastoral. Der erste nationale Pastoralplan 1976 bis 1978 gab die Leitlinien vor. Die „pastoral familiar“ und die „pastoral social“ wurden systematisch bis in jede Pfarrei hinein aufgebaut und der Ausbildung qualifizierter Laien besondere Priorität eingeräumt. Eine Bestätigung dieses Konzepts erfuhr die paraguayische Kirche auf der III. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopates 1979 in Puebla. Die pastorale Planung in Paraguay fand allgemeine Anerkennung. Nach außen trat die Kirche nun mit dem Anspruch der Evangelisierung der politischen Kultur gemäß den Dokumenten von Puebla auf. Die Überzeugung von der Notwendigkeit eines allumfassenden innerkirchlichen wie dann auch gesellschaftlichen Dialoges wurde als eines der dringlichen Ziele im zweiten Pastoralplan 1981 ausgewiesen. In den Jahren 1982 und 1983 brachte die Kirche erstmals die Forderung nach einem Nationalen Dialog in die öffentliche Diskussion ein. Damals stieß die Initiative noch auf keine größere Resonanz. Ende des vergangenen Jahres 1985 griff schließlich das *Acuerdo Nacional* die Idee des Nationalen Dialoges wieder auf. Das *Acuerdo* fragte formell bei der paraguayischen Bischofskonferenz an, ob sie bereit wäre, in dieser wichtigen nationalen Frage zu vermitteln. Am 22. Januar 1986 sagte der Ständige Rat der Bischofskonferenz zu.

Über die Ziele und Inhalte der Initiative Nationaler Dialog herrschte zunächst große Verwirrung. Das *Acuerdo* hatte den Vorschlag wohl eingebracht, um den an die freien Bewegungen verlorenen Boden für sich politisch wiederzugewinnen. Dementsprechend verstand das *Acuerdo* unter dem Nationalen Dialog nur das Gespräch der politischen Parteien. Dagegen wehrte sich die Regierungspartei auf das heftigste. Ihr Präsident Chavez erklärte am 5. Februar 86, daß der Dialog zum politischen Alltag der paraguayischen Demokratie gehöre. Das Parlament sei der von der Verfassung vorgesehene Ort des politischen Dialoges. Das *Acuerdo Nacional* habe als außerparlamentarische und daher irreguläre Opposition keinerlei Anspruch auf politische Mitspracherechte.

In dieser festgefahrenen Situation versuchte die Kirche nun ihre Vorstellung vom Nationalen Dialog verständlich zu machen. „Es ist der Wunsch der Kirche, jede Initiative zu unterstützen, welche die nationale Einheit und die Beteiligung aller Bürger an der Erreichung des Gemeinwohles ermöglicht“ (Erklärung des Generalsekretärs der Bischofskonferenz Mons. Livieres Banks am 23. 1. 1986). Die Kirche wolle alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens, nicht nur die politischen Parteien, in den Nationalen Dialog miteinbeziehen.

Es zeigte sich sehr schnell, daß die Annahme der Vermittlung für die Kirche eine schwierige, aber dafür um so notwendige Aufgabe war. In dem Maße, in dem die Konturen des Nationalen Dialoges sich konkreter abzeichneten, verschärften sich die Auseinandersetzungen.

Statt daß es gelang, die unterschiedlichen Positionen anzugleichen, verhärteten sich die Fronten. Obwohl die bischöfliche Kommission, die eigens für die Vermittlung gebildet worden war, äußerst behutsam vorging, war sie nicht ganz unschuldig an dieser Entwicklung. Sie konnte sich nicht eindeutig genug von dem Vorwurf der Parteilichkeit absetzen. Sie erklärte zwar mit Blick auf die politischen Parteien, daß der Dialog alle gesellschaftlichen Sektoren umfassen müsse, doch konnte sie nicht sogleich die entsprechenden Ansprechpartner vorweisen. Zu lange blieb die Vorbereitung des Dialoges auf die Parteien beschränkt. Die Führungen der freien Gewerkschafts-, Campesino- und Studentengruppen wurden an der Vorbereitung nicht beteiligt. Und im Ensemble der Parteien vertrat die Kirche, ob sie wollte oder nicht, eine von der Opposition vorgebrachte Initiative, die Regierungspartei sah sich zu Recht als die Herausgeforderte an.

Die schärfsten Attacken kamen von Kultusminister Ramirez. Er bestritt das Recht der Bischofskonferenz, im Namen der Kirche zu handeln. „Wir alle, die Getauften, bilden die Kirche, und nur ihre hierarchische Autorität, die Bischofskonferenz, ist es, die den Vorschlag des Nationalen Dialoges vorbrachte“ (nach *Ultima Hora* vom 27. 2. 86). Doch der hierarchischen Autorität stehe es nicht zu, sich in die Angelegenheiten der politischen Autorität einzumischen. Für die Regierungspartei hatte sich die Kirche zu weit vorgewagt und sich bereits in die Parteienpolitik begeben. Die Kirche laufe Gefahr, sich über dieser Frage zu spalten.

Die Antwort auf diese Vorwürfe gab der Erzbischof von Asuncion, *Rolon*, Anfang März. Er betonte, daß die Bischofskonferenz mit der Vermittlung im Nationalen Dialog einen Dienst für das gesamte Volk übernommen habe, eine friedensstiftende Mission, wie sie in allen kirchenamtlichen Dokumenten beschrieben wird (*Hoy*, 8. 3. 86). Eine Welle innerkirchlicher Solidarität bekräftigte die Ausführungen des Erzbischofs. Die FERELPAR, der Zusammenschluß aller paraguayischen Ordensleute, und die kirchlichen Laienorganisationen stellten sich einmütig hinter die Positionen der Bischofskonferenz.

Die wirkliche Abkehr vom reinen Parteiendialog schaffte die Kirche aber erst Mitte März 1986. Die Gewerkschaftsbewegung MIT hatte in einem Schreiben an die Bischofskonferenz ihre Besorgnis geäußert, sie fühlte sich bei der Vorbereitung des Dialoges bisher übergangen. In seinem Antwortschreiben vom 16. März beeilte sich deshalb Mons. Livieres Banks zu betonen, daß seit der Annahme der Vermittlung im Januar die Kirche stets den Dialog aller Sektoren angestrebt habe (*Hoy*, 16. 3. 86).

In der Folgezeit versuchte die Bischofskonferenz auch angestrengt, vom Vorwurf der Parteilichkeit wegzukommen. Mit Verweis auf den nationalen Pastoralplan und die früheren Initiativen, hoffte sie, das Image einer Sachwalterin der Oppositionsinteressen loszuwerden.

Zwischen Dialog und Gewaltausbrüchen

Als im April die Protestbewegung der Ärzte und des Pflegepersonals des Hospital de Clinicas begann, erkannte die Kirche die günstige Gelegenheit zur Stellungnahme. Hier hatte sich ein kleiner Teilbereich der Gesellschaft, außerhalb jeglicher parteipolitischer Festlegung, geschlossen erhoben, um berechnete Interessen durchzusetzen. In einer Botschaft an das paraguayische Volk erläuterten die Bischöfe, wie sie sich die weitere Entwicklung vorstellten. Die erste Etappe, die dennoch begann, sollte zu einer möglichst umfassende Befragung aller Sektoren der öffentlichen Meinung und aller gesellschaftlichen Gruppen führen. Die Bischofskonferenz forderte dazu auf, es möchten auch die Erwartungen geäußert werden, die man an die Kirche stelle. Die Kirche wolle einen Freiraum des Dialoges anbieten, aber keine Themen aufzwingen. Mit den Erfahrungen der ersten Etappe könne dann in der zweiten Etappe der Dialog in die Praxis umgesetzt werden (Mons. Livieres Banks in *La Tarde*, 24. 4. 86).

Im Konflikt des Hospital de Clinicas sah sich die Kirche denn bald in die Pflicht genommen. Die Auseinandersetzungen eskalierten. Die Mediziner, die für eine Erhöhung ihrer miserablen Gehälter kämpften, hatten mit einem Streik den gesamten Klinikbetrieb lahmgelegt. Protestmärsche zum Finanzministerium waren von der Polizei zusammengeknüppelt worden. Die Streikführer wurden festgenommen. Viele freie Gewerkschafts- und Studentengruppen hatten sich mit der Sache der Mediziner solidarisiert. Auch die Kirche blieb nicht abseits stehen. Am 4. Mai zelebrierte Erzbischof Rolon im Hospital de Clinicas eine Solidaritätsmesse. Eindringlich forderte er die Regierung zu einer friedlichen Lösung des Problems auf und verurteilte jede Form von Gewalt.

Vorübergehend schien eine Welle der Gewalt sämtliche Ansätze eines Dialogs unter sich zu begraben. Symbolisch war der Fall von Radio Ñanduti. Durch Einschüchterungen sollten die Kritiker mundtot gemacht werden. Zweimal wurde die Radiostation überfallen und schwerer Schaden angerichtet (28. 4. und 3. 5.). Die Sendungen wurden mehrfach gezielt gestört und sein Programmleiter, *Humberto Rubin*, wurde mehrfach bedroht.

Am 7. Mai feierte Erzbischof Rolon auf Bitten der katholischen Laienbewegungen in der Kathedrale von Asuncion eine Messe für den Frieden. Mehrere Bischöfe, Priester und Ordensleute, über 3000 Personen beteiligten sich an dem Friedensgottesdienst. Doch beim Verlassen der Kirche empfing die Gläubigen ein starkes Polizeiaufgebot, das sie mit Wasserwerfern auseinandertrieb.

Auf die Welle der Gewalt folgte als Antwort eine Welle des Protestes. Am 8. Mai wandte sich Erzbischof Rolon an die Presse und klagte die Polizei als Urheber der Gewalt an.

Am 10. Mai verurteilte der Priesterrat der Erzdiözese das

gewalttätige Auftreten von zivilen Gruppen in Komplizenschaft mit der Polizei und die Passivität und das Still-schweigen der Justiz gegenüber den angezeigten Vorfällen (El Pueblo, 14. 5. 1986). Die Kirche hatte im entscheidenden Moment Geschlossenheit bewiesen.

Gelingt ein neuer Anfang?

Der Nationale Unabhängigkeitstag könnte in Zukunft vielleicht auch als Nationaler Versöhnungstag begangen werden. Bei dem religiösen Festakt am 15. Mai dieses Jahres hatten die zelebrierenden Bischöfe *Rolon*, *Livieres Banks* und *Cuquejo* zum Abschluß den Segen für die friedliche Eintracht des Vaterlandes erbeten. Kann die brüderliche Umarmung der Bischöfe mit Präsident Stroessner als ein Zeichen des guten Willens von beiden Seiten gewertet werden? Die nächsten Monate werden es zeigen. Gegenwärtig sieht es allerdings eher nach dem Gegenteil aus.

Im Juli verschärfte sich der Konflikt zwischen Kirche und Regierung. Die Behörden verweigerten dem Leiter des katholischen Rundfunksenders „Caritas“, *Javier Arancón*, ohne Angaben von Gründen die Wiedereinreise nach Paraguay ... Der spanische Franziskanerpater war bereits mehrmals wegen des angeblich oppositionellen Kurses von „Radio Caritas“ anonym mit dem Tode bedroht worden. Sein Nachfolger, *Guillermo Yanlup*, er-

klärte in einem Interview mit Radio Vatikan, der paraguayische Innenminister Montanaro habe öffentlich alle ausländischen Geistlichen der Subversion beschuldigt. Nach mehreren Priesterausweisungen seien derzeit nur 19 ausländische Priester in Paraguay tätig, darunter 13 Jesuiten. Weder die Ordensoberen noch die Bischöfe, die die Ausweisung als Verletzung der Verfassungsrechte verurteilt hätten, seien bisher über die Gründe der Ausweisung informiert worden.

Gesundheitsminister *Godoy Jimenez* warf der katholischen Kirche auf einer Parteiveranstaltung Mitte Juli pauschal vor, sie verzerre das Evangelium und stürze die Katholiken in Verwirrung. Gottesdienste würden zu regelrechten politischen Veranstaltungen. Der Bischof der Diözese Benjamin Azeval, *Mario Melanio Medina*, wies die Vorwürfe des Ministers als haltlos zurück. „Mehrere Regierungsvertreter werfen uns sogar vor, wir seien Kommunisten, weil die Kirche sich um die Einhaltung der Menschenrechte in Paraguay und um die Respektierung der Presse- und Versammlungsfreiheit kümmert.“ Es sei falsch zu behaupten, „wir würden uns von der Heiligen Schrift entfernen, wenn wir diese Fragen auf der Kanzel anschneiden“, sagte der Bischof vor ausländischen Journalisten.

Die Kirche schätzt derzeit ihre Chance, Regierung und Regierungspartei für den Nationalen Dialog zu gewinnen, mit Recht äußerst gering ein.

Kommunikation unter elektronischen Bedingungen

Überlegungen zu Fragen der Medienpastoral

Eckhard Bieger, (katholischer) kirchlicher Fernsehbeauftragter beim ZDF, übermittelte uns die folgenden Überlegungen zu verschiedenen, unter sich zusammenhängenden Fragen der Medienpastoral bzw. des kirchlichen Medienverhaltens. Sie beziehen sich zum Teil auf unsere eigene Berichterstattung zum diesem Themenkomplex, zum Teil auf die gegenwärtige Diskussion über Kirche und Medien insgesamt.

In den letzten Monaten wurden von verschiedener Seite Befürchtungen geäußert, die Verantwortlichen der Kirche könnten einer Medien-Euphorie anheimfallen (vgl. dazu auch HK, Oktober 1985, 445–447). Mit Hilfe der sog. „Neuen“ Medien, so die vage Hoffnung, könnten pastorale Lücken geschlossen werden, Lücken in der Verkündigung und in der Katechese, wie auch in der Missionierung Fernstehender, die mit den bisherigen Mitteln und Methoden offen geblieben waren. Das sind utopische Vorstellungen. Jedoch, von einer Medien-Euphorie war wohl in keiner Phase der letzten Jahre in beiden Kirchen etwas zu spüren, eher sah man sich gezwungen, auf die neuen technischen und politischen Veränderungen zu reagieren.

Inzwischen sind durch die Bischofskonferenz die neuen Versuchsprojekte – Bildschirmtext und lokales Kabelfernsehen im Bereich Ludwigshafen – gestoppt bzw. reduziert worden. Diese Beschlüsse haben sich nachhaltig auf die Motivation und die Stimmung kirchlicher Medienarbeiter ausgewirkt. Das Stimmungstief ist inzwischen überwunden, eine nüchterne Analyse der Lage wird jetzt notwendig.

Fast unbemerkt vollzieht sich ein tiefer kultureller Wandel

In der Diskussion um die Chancen und die Gefahren der neuen Medien werden zwei sehr unterschiedliche Entwicklungen nicht genügend auseinandergelassen. Es geht einmal um die Verkabelung, zum anderen um die Satellitentechnik. Die Veränderung, die das Kabel bringt, ist wohl von grundlegenderer Bedeutung und hängt mit einem fundamentalen kulturellen Wandel zusammen.

Die technische Zivilisation, die in Europa und Amerika entwickelt wurde, ist auf Wirtschaftswachstum angelegt,